

28.08.2018

EntschlieÙung der Konferenz

angenommen von der 27. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)

Die Teilnehmer, die gewählten Vertreter der Staaten der Ostseeregion*, die vom 26. bis 28. August 2018 in Mariehamn (Åland) zusammengekommen sind,

- bekunden erneut ihre Erwartung, dass alle Ostseeanrainerstaaten sich nach Kräften bemühen, dass die Ostseeregion weiterhin eine Region der friedlichen und engen Nachbarschaft und der intensiven Zusammenarbeit auf der Grundlage demokratischer Werte, der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte und der Chancengleichheit für alle bleibt. Zu diesem Zweck werden sie alle Chancen des parlamentarischen, behördlichen und gesellschaftlichen Austauschs und des demokratischen Dialogs zwischen Nachbarn wahrnehmen. Aus diesem Grund begrüßen sie die Stockholmer Erklärung des Ostseerates und insbesondere den Reformfahrplan. Sie begrüßen ferner die Wiederaufnahme der Außenministertreffen des Ostseerates, unter anderem unter schwedischer Präsidentschaft, fordern aber zusätzlich die Wiederaufnahme der Gipfeltreffen der Ostseeanrainerstaaten. Dies wird den Dialog fördern, die Zusammenarbeit stärken und sich in Form von Frieden manifestieren;
- begrüßen die umfassenden Umsetzungserklärungen und Berichte der Regierungen der Ostseeregion zu der EntschlieÙung der 26. BSPC und die bei der Umsetzung der Handlungsaufforderungen der BSPC erzielten Fortschritte;
- begrüßen die Bemühungen der schwedischen Ostseeratspräsidentschaft 2017/2018, die regionale Zusammenarbeit in der Ostsee kohärenter zu gestalten, nehmen die Fortschritte des Ostseerates – ausgehend von den Prioritäten Nachhaltigkeit, Kontinuität und Anpassungsfähigkeit in Rahmen der VN-Ziele für 2030 – zur Kenntnis, und anerkennen die Leistungen in den Bereichen nachhaltige Entwicklung, Jugend, Bekämpfung des Menschenhandels, Kinderschutz und Bevölkerungsschutz;
- bestärken die lettische Ostseeratspräsidentschaft 2018/2019 darin, die Bemühungen im Rahmen ihrer drei Prioritäten Integrität & gesellschaftliche Sicherheit, Dialog und Verantwortung fortzusetzen;

- teilen die Vision der „Vision Group“ des Ostseerates, dass die Ostseeregion im Bereich der Umwelt-, Wirtschafts-, Sozial- und Sicherheitsstandards und -strategien zu einem Vorzeigemodell mit einer lebendigen regionalen Zivilgesellschaft werden soll, und werden den Bericht der „Vision Group“ bei ihren weiteren Beratungen über die künftigen Entwicklungen in der Ostseeregion berücksichtigen;
- unterstreichen erneut, dass ein politischer Austausch zwischen jungen Menschen notwendig ist, und werden auf der Grundlage der Jugendprojekte der angeschlossenen Parlamente und parlamentarischen Institutionen die Einrichtung eines Ostseeparlamentarier-Jugendforums in die Wege leiten, aber ebenso auf eine engere Zusammenarbeit zwischen Jugendorganisationen in der Ostseeregion und Formaten wie „Regeneration 2030“ hinwirken und damit junge Menschen in die Beratung von Fragen, die in der BSPC zu erörtern sind, einbeziehen;
- begrüßen alle Bemühungen, um eine gesunde und saubere Ostsee zu erreichen;
- arbeiten an einer Möglichkeit, als ersten Schritt im Rahmen einer progressiven Außen- und Handelspolitik das Problem der Kunststoffabfälle auf globaler Ebene anzugehen;
- begrüßen nachdrücklich alle konkreten Maßnahmen und alle Vorschriften, um Einwegprodukte aus Kunststoff, die am häufigsten an den Stränden und in den Meeren gefunden werden, sowie Fischfanggeräte, die im Meer verloren gegangen sind oder zurückgelassen wurden, zu verbieten bzw. deren Gebrauch zu reduzieren, und wollen daran mitwirken, Verbraucher für die negativen Auswirkungen des Gebrauchs von Plastikmüll zu sensibilisieren;
- erörtern die Themen Zusammenarbeit, Vision einer gesunden Ostsee, nachhaltige Energie sowie Migration und Integration;

fordern die Regierungen der Ostseeregion, den Ostseerat und die Europäische Union auf,

im Hinblick auf die Zusammenarbeit in der Region

1. die Politik der Nördlichen Dimension, die EU-Strategie für den Ostseeraum und die russische Strategie für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Föderalen Distrikts Nordwest stärker miteinander zu verzahnen;
2. den Umfang der länderübergreifenden Programme, die den gesamten Ostseeraum abdecken, auszuweiten, und diese Möglichkeit und die entsprechende Finanzierung formal in allen makroregionalen Strategien zu verankern, um die Beziehungen zwischen benachbarten Ländern zu verbessern;
3. die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Migration und Integration zu verstärken und dabei alle Ostseeanrainerstaaten einzubeziehen, um ähnliche Aufgaben besser zu bewältigen;

4. Programme im Rahmen von Besuchen und multinationalen Jugendtreffen zu vertiefen mit dem Ziel, einander zu begegnen, das gegenseitige Verständnis zu fördern und Beziehungen aufzubauen;
5. – Bezug nehmend auf die im Juni 2017 von den Arbeitsministerien der Ostseeratsstaaten verabschiedete Ministererklärung – im Bereich von Arbeit und Beschäftigung in der Ostseeregion aktiv die Arbeit der „Ostseerats-/BSLF-Koordinierungsgruppe zu Arbeit und Beschäftigung“ (CG) zu unterstützen, die sich auf Querschnittsthemen und aktuelle Fragen konzentriert, und zwar auf die neuen Qualifikationen, die für künftige Arbeitsmodelle erforderlich sind, und ihre Verknüpfung mit der Ausbildung und dem Bedarf des Arbeitsmarktes, das lebenslange Lernen sowie umfassende Arbeitsmarktprognosen und -forschungen unter Einbeziehung der demografischen Herausforderungen; für Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen zu sorgen;
6. sich den Herausforderungen einer alternden Bevölkerung, des sozialen Zusammenhalts und der nachhaltigen Entwicklung in der Ostseeregion durch eine verstärkte Zusammenarbeit bei Anreizen und praktischen Systemen für lebenslanges Lernen und Erwachsenenbildung, die Anpassung der Beschäftigungsbedingungen und Arbeitsplätze an ältere Menschen, Strategien zur Bekämpfung der Altersdiskriminierung, gesundheitsfördernde Maßnahmen und flexible und stufenweise Ruhestandsregelungen zu stellen;

im Hinblick auf die Vision einer gesunden Ostsee weitere Maßnahmen zu ergreifen, um

7. – da die BSPC die Ministererklärung der HELCOM vom 6. März 2018 in Brüssel unterstützt und deren kritische Einschätzung des Zustands der Ostsee unter verschiedenen Gesichtspunkten teilt – die in der Ministererklärung enthaltenen Beschlüsse entschlossen umzusetzen;
8. wirksame Koordinierungsprozesse und -strategien einzuleiten, um die Umsetzungsstrategie für die Agenda für nachhaltiges blaues Wachstum in der Ostseeregion zu unterstützen;
9. die Konsultationen und die Kooperation hinsichtlich einer räumlichen Gesamtplanung für die Ostseeregion auszubauen und dabei alle Interessen und Aspekte im Zusammenhang mit der Wirtschaft (Schiffsverkehr, Fischerei, Energie, Tourismus usw.), der Umwelt und den Nachbarländern zu berücksichtigen;
10. angesichts dessen, dass je nach Land lediglich 25 bis 60 Prozent der Zielvorgaben des bis 2021 umzusetzenden HELCOM-Ostseeaktionsplans gegenwärtig auf nationaler Ebene erfüllt werden, die Anstrengungen auf nationaler und regionaler Ebene zur Festlegung geeigneter politischer Prioritäten dringend zu verstärken, um so die Zielsetzungen des Aktionsplans soweit möglich termingerecht bis 2021 zu verwirklichen;
11. regelmäßig HELCOM-Ministertreffen abzuhalten – unter Einbeziehung aller zuständigen Minister eines jeden Mitgliedstaats – und zu völkerrechtlich verbindlichen Regelungen zu gelangen – wie es bei den Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit im Seeverkehr mit Beteiligung der Verkehrsminister

- der Fall war – und auf diese Weise das Thema saubere Ostsee stärker in die politische Debatte der einzelnen Staaten und Regionen einzubeziehen und eine verbindlichere Durchsetzung der erzielten Vereinbarungen zu erreichen;
12. gemeinsame wie auch zusätzliche nationale und regionale Nachhaltigkeitsstrategien zur Erreichung der Ziele der VN-Agenda 2030 zu entwickeln bzw. weiter auszubauen und die Vision einer sauberen, von Meeresabfällen freien Ostsee bei gleichzeitiger Förderung nachhaltiger Landbewirtschaftungsmethoden, eines nachhaltigeren Schiffsverkehrs und der Bekämpfung von Eutrophierung und Unterwasserlärm zu verwirklichen;
 13. die von den Vereinten Nationen ausgerufene „Dekade der Meeresforschung für Nachhaltige Entwicklung“ von 2021 bis 2030 vorzubereiten und mitzugestalten, um so das Ziel eines „Ocean we need for the future we want“ zu erreichen;
 14. das Verhältnis zwischen den VN-Zielen für eine nachhaltige Entwicklung und den Menschenrechten weiter zu stärken und dabei ihre enge Verknüpfung und wechselseitige Stärkung anzuerkennen;
 15. Präventivmaßnahmen wie auch Sofortmaßnahmen zu ergreifen, um die Abwasserqualität zu verbessern und unbehandelte Einleitungen umgehend zu beenden, und entschlossen eine Säuberung des stark verschmutzten Meeres in Angriff zu nehmen;
 16. gegen die besorgniserregende Menge an Kunststoffen und Mikroplastik in den Meeren dringend wirksam vorzugehen; die Vorschriften zur Reduzierung bzw. zum Verbot von Einwegkunststoffen zu unterstützen und schnellstmöglich umzusetzen; die Öffentlichkeit für die Verschmutzung durch Mikroplastik im gesamten Ökosystem der Ostsee zu sensibilisieren und den Verbrauchern nahelegen, Körperpflegemittel, die primäres Mikroplastik enthalten, zu vermeiden;

im Hinblick auf nachhaltige Energie und intelligente Plattformen für die Energieverteilung

17. die grenzüberschreitenden Übertragungsverbindungen durch den Bau und die Ausweitung reibungsloser Stromnetze zu verbessern und effizient zu nutzen, damit in den neuen Energiemärkten und bei den neuen Formen von Energiedienstleistungen und -erzeugnissen besser erneuerbare Energien integriert werden können, sowie auch Unterseeverbindungen zur Integration der Netze zu nutzen;

im Hinblick auf Migration und Integration

18. die objektiv bestehenden Unterschiede im politischen System sowie auch bei den historischen und kulturellen Erfahrungen aufgrund der Narben des Zweiten Weltkriegs anzuerkennen, die Beratungen und Überlegungen über Flucht und Migration fortzusetzen und bewährte Methoden zur Sensibilisierung unserer Gesellschaften auszutauschen;

19. einen den gesamten Ostseeraum erfassenden Datenbestand zu den Integrationsbedingungen anzulegen und Maßnahmen für eine stärker faktenbasierte öffentliche Diskussion in die Wege zu leiten;
20. den Dialog zu Migration und Integration zwischen den Ostseeanrainerstaaten zu intensivieren;
21. das Angebot von migrationsspezifischen Beratungsleistungen und von Sprachunterricht zu steigern, um die Integrationsbemühungen zu verstärken;
22. Projekte zur Beratung und Förderung von Freiwilligen, örtlichen Einrichtungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die im Integrationsbereich tätig sind, auszuweiten, und die verbindende und integrierende Rolle des Sports zu berücksichtigen;
23. Migrations- und Sicherheitsgesichtspunkte in anderen relevanten Politikbereichen wie Handel, Arbeitnehmerrechte und Umweltschutz zu berücksichtigen;
24. ganzheitliche und vielseitige Lösungen für die mit der aktuellen Flüchtlings- und Migrationspolitik verbundenen Herausforderungen zu suchen, wozu u. a. eine richtig abgestimmte Kombination aus Migrationssteuerung, humanitärer Hilfe, politischen Lösungen, europäischer und internationaler Zusammenarbeit, fairen Handelsabkommen und Entwicklungshilfe zählt;

im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung und das Wachstum in der Ostseeregion

25. die Umsetzungsstrategie für die Agenda für nachhaltiges blaues Wachstum in der Ostseeregion zu unterstützen;
26. anzuerkennen, dass die Ostsee eine äußerst wichtige Seeverkehrsachse (eine Meeresautobahn) für alle ihre Anrainer, eine Ernährungs- (Fischerei) und Energieressource (Öl, Gas, Wind und Wellen) sowie ein Erholungsgebiet für Millionen Touristen darstellt, und deshalb alle Möglichkeiten der Ostseekooperation zu nutzen, durch die sich alle Interessen und Aspekte im Zusammenhang mit der Wirtschaft, der Umwelt und den Nachbarländern regeln und berücksichtigen lassen;
27. die transeuropäischen Verkehrsnetze in der Ostseeregion weiter auszubauen und Initiativen zur Angleichung der Mautsysteme in Europa und insbesondere den Ostseeanrainerstaaten zu ergreifen, damit der See- und Schienenverkehr im Vergleich zum Lkw-Verkehr wirtschaftlicher wird;
28. darauf hinzuwirken, dass die Ostsee zu einer Vorreiterregion bei der automatisierten Schifffahrt wird.

Ferner beschließt die Konferenz,

das freundliche Angebot des norwegischen Parlaments dankbar zu begrüßen, die 28. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 25. bis 27. August 2019 in Oslo auszurichten.

*Parlamente und parlamentarische Institutionen:

Baltische Versammlung
Freie Hansestadt Bremen
Dänemark
Estland
Europäisches Parlament
Färöer
Bundesrepublik Deutschland
Finnland
Freie und Hansestadt Hamburg
Island
Region Kaliningrad
Republik Karelien
Lettland
Region Leningrad
Litauen
Mecklenburg-Vorpommern
Nordischer Rat
Norwegen
Polen
Föderationsrat der Bundesversammlung der Russischen Föderation
Staatsduma der Bundesversammlung der Russischen Föderation
Stadt St. Petersburg
Schleswig-Holstein
Schweden
Åland-Inseln